

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr Mark

Nr. 38.

Charlottenburg, Freitag, den 22. September 1922.

49. Jahrg.

Die Leipziger Messe und die Porzellanindustrie.

Im Schweiße ihres Angesichts radern sich die Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen in den giftgeschwängerten, Schwindfuchtbazillen enthaltenden Betrieben ab um — andere. An sich selbst denken sie am wenigsten. Sie sind es Generationen hindurch so gewöhnt und entbehren wahrlich manches, was eigentlich zum Leben gehörte. Die Tugenden: Zufriedenheit, Lüchlichkeit, Arbeitsamkeit, Anspruchslosigkeit und Gestaltungssinn liegen ihnen im Blut. Sie machen davon zu ihrem persönlichen Nutzen recht wenig Gebrauch, und was daraus an Arbeitswerten entspringt, ist „Segen der Arbeit für andere“. Die anderen sind die Unternehmer. Sie wissen die Menschenschätze der Thüringer, Fränkischen und Schlesiischen Waldorte zu heben. Jahrzehntelang beuten sie diese Goldgruben schon für sich aus und immer reichlicher wird die Ausbeute. Die Leipziger Messe gibt jährlich von dem Arbeitsinn der Porzellaner Zeugnis. In den dort ausgestellten Gegenständen ist die Entwicklung der Porzellan- und verwandten Industrie für längere Zeit festgehalten. Und daraus kann man mit aller Deutlichkeit erkennen, wie vielgestaltig sich die Schaffenskraft der Arbeitenden auswirkt. Von der einfachsten Exporttasse bis zu den feinsten reichsten Tafelservicen und von der geringsten bis zur kunstvollsten Figur oder zum schmuckvollsten Verzierungsgegenstand haben die Unternehmer die Erzeugnisse ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen ausgestellt. Manches Ruhmeswort, das den Schaffern zur Anerkennung gesendet wird, steckt ein zufällig anwesender Prop, der nur lose, vielleicht nur mit seinem Geldsack, mit der Porzellanindustrie zusammenhängt, für sich ein. Er ist zu stolz, es denen weiter zu geben, denen es mit Recht gebührt. Dabei ahnt er gar nicht, was er sich damit selbst für Schaden zufügt.

Trotzdem die Leipziger Messe keine Ausstellung ist und keine strenge künstlerische Ordnung bedingt, hat doch eine Anzahl Firmen eine so gutwirkende Zusammenstellung gefunden, daß man damit zufrieden sein kann. Bei einigen selbst großen Porzellanfabriken mangelt dafür noch jedes Verständnis; aber auch die wird die Zeit noch belehren. Die Entwicklung muß über sie hinwegschreiten. Vielleicht können aber auch die Beschäftigten ihr Mitbestimmungsrecht weiter ausbauen und anspornend auch auf die Rückschritler wirken.

Eigentlich müßte es für jeden Angehörigen der Porzellanindustrie äußerst lehrreich sein, die Vielseitigkeit seines Schaffensbereiches und anderer Zweige der deutschen Wirtschaft — rund 13 000 Firmen hatten auf der Leipziger Herbstmesse ausgestellt — kennen zu lernen. Da der Besuch der Leipziger Messe jedoch nicht allen Porzellanern möglich gemacht werden kann, müßten Filme davon aufgenommen und ihnen vorgeführt werden. Die Unternehmer werden die Kosten freilich dafür nicht aufbringen. Dieser Fortschritt wird erst in einer sozialistischen Wirtschaftsform möglich sein, wenn der Arbeiter und die Arbeiterin auch als Menschen anerkannt werden. Soweit der persönliche Eindruck, den man als Berufsangehöriger unzweifelhaft bei einem flüchtigen Messebesuch gewinnt.

Nun noch etwas über die wirtschaftliche Seite. Noch ist es nicht soweit, daß darüber auch den zunächst Beteiligten, den Arbeitern selbst, Aufschluß über die wichtigen Vorgänge beim Ab-

schluß der Käufe erteilt wird. Wir müssen uns deshalb an das halten, was bürgerliche Zeitungen bringen, und zitieren die „Frankfurter Zeitung“. Sie schreibt unter „Das wirtschaftliche Ergebnis der Leipziger Messe“ über die Porzellanindustrie:

„In Porzellan zeigte das Geschäft nicht den großen Zug als sonst. Auch hier hat die Preisfrage sich als Hemmungsfaktor erwiesen. Während die Verkaufspreise für das Ausland mit wenig Ausnahmen unverändert blieben, haben die Inlandspreise, die bis zum 10. September festgesetzt waren, sich zu Beginn der Messe geändert, und zwar nach oben, womit die Kundschaft nicht gerechnet hatte. Die Preisfrage in der Porzellanbranche, soweit das Inland in Frage kommt, hat vor kurzem eine Neuregelung seitens der Interessengemeinschaft der Porzellanfabriken erfahren. Danach ergibt sich der jeweils gültige Inlandspreis aus einem Grundpreis und einem Multiplikator. Die Festsetzung der Inlandspreise erfolgt nach diesem Modus jeweils von Monat zu Monat. Für den September wurde der Multiplikator von 5,5 auf 11 erhöht, das bedeutet eine Verdoppelung des Verkaufspreises. Diese Preisverteuerung kam in den niedrigen Auftragsziffern für Porzellangeschirr wie auch für Luxusporzellan zum Ausdruck. Von der hohen Preislage des Porzellans profitierte die Steingutbranche, wenn auch hier erst kurz vor der Messe eine Preiserhöhung eingetreten ist, und zwar beträgt der Aufschlag in Gruppe 1 2200 Proz. und in Gruppe 2 2000 Proz. Das bedeutet im Durchschnitt einen Aufschlag von 91 Proz. Dieser hat übrigens auch für laufende Aufträge Geltung; doch wurde den Bestellern freigestellt, rückständige Lieferungen zu annullieren.“

Dazu möchten wir bemerken, daß die Fabriken selbst damit rechneten, keine allzu großen Aufträge zu bekommen; denn die Beschäftigung ist noch reichlich, wie ja aus den Berichten von Unternehmerinstanzen und Handelskammern zu ersehen war. Ein Firmenvertreter machte uns auch auf der Messe selbst darauf aufmerksam, daß er, um nicht zuviel Aufträge zu erhalten, seine Ausstellung einschränken mußte. Ähnlich soll es auch bei anderen ausstellenden Firmen gewesen sein. Was jedoch in dem Bericht mit aller Deutlichkeit erkennbar ist, sind die Preiserhöhungen für Porzellan und Steingut. Mag die Berechnungsformel sein, wie sie will, jedenfalls geht aus dem zitierten Bericht hervor, daß die Verkaufspreise wesentlich im September gesteigert wurden. Verdoppelt, sagt der Schreiber in der „Frankfurter Zeitung“, das ist viel mehr als 35 bis 50 Proz., die man den Gewinnbringern, den Beschäftigten, gnädigst in Nürnberg unter Sträuben bewilligte. Die 65prozentige Erhöhung im August, von der Generaldirektor Dr. Singer-Fraureuth schon vor der Messe redete, hat die Porzellangewaltigen im August schon mehr als schadlos gehalten und die neue Preissteigerung um 100 Proz. für September tut das noch mehr. Ihr Geschäft blüht also und ihre Arbeiter und Arbeiterinnen speisen sie mit Bettelpennigen ab. Diese Moral ist echte Unternehmermoral. Wie sie sich aber auswirken wird, und was sie der Porzellanindustrie und der deutschen Wirtschaft für Schaden bringen wird, steht auf einem anderen Blatt.

Die Arbeiterschaft hat genug Opfer gebracht. Sie weiß, daß jede den Preissteigerungen notwendig folgende Lohnerhöhung Verschlechterung der Lebenshaltung bringt, während die Porzellanindustriellen buchstäblich im Gelde schwimmen, aber sie kann

Mitglied! Wahrt Eure Rechte durch pünktliche Beitragszahlung!

In der Woche vom 18. bis 24. September ist der 38. Beitrag fällig.

nicht mehr anders als fordern. Die Arbeiterschaft hat nichts mehr zum Opfern, sie hat schon alles hingegeben. Ihre Leistungen sind beim Achtstundentag über die der Vorkriegszeit gestiegen. Jetzt ist sie ausgepumpt. In diesem Stadium wirken die von den Unternehmern angeführten ihrer Geschäftsabschlüsse und der guten Beschäftigung zugebilligten Löhne als Hohn. Dieses Verhalten löst eine Stimmung aus, die den Messen in Leipzig und der gesamten Industrie auch nicht günstig sein können.

Wenn also die Unternehmer wollen, daß die Messe ein Maßstab von der Schöpfungs- und Arbeitskraft der Porzellanindustrie bleiben soll, dann mögen sie die Warnungssignale beachten und begreifen lernen. Auch sie sind einmal dran zum Geben von dem Vielen, was sie bei ihren Geschäftsabschlüssen verdienen. Der Porzellanarbeiterschaft sind sie es schuldig. Erhöhte Inlandspreise und Verkauf nach Auslandswährung gestatten es.

Die Gesamtbesucherzahl der Leipziger Herbstmesse 1922 hat mit rund 155 000 geschäftlichen Messebesuchern die Rekordbesucherzahl der diesjährigen Frühjahrsmesse erreicht. Unter den Messebesuchern befanden sich 26 000 Ausländer.

Die Ernährung der Arbeitenden nach Zahlen.

Wir entnehmen dem „Vorwärts“:

„Der bekannte Nationalökonom Professor v. Tyska veröffentlicht in Nr. 34 der „Allinischen Wochenschrift“ eine Statistik über die gegenwärtige Ernährungslage des deutschen Arbeiters im Vergleich zur Vorkriegszeit. „Wir stehen,“ sagt er, „inmitten einer Preisrevolution, die an Größe und Umfang in der Geschichte noch nicht da war, und deren weitere Entwicklung und Ende vorerst auch noch nicht abzusehen ist.“ Auf Grund der monatlich vom Reich veröffentlichten Preisstatistik berechnet Tyska unter Zugrundelegung von 14 der wichtigsten Nahrungsmittel den durchschnittlichen Monatsverbrauch für eine fünfköpfige Arbeiterfamilie und kommt zu dem Ergebnis, daß die Ernährungskosten danach seit der Vorkriegszeit bis zum Mai 1922 um das 47fache, bis zum Juni über das 51fache gestiegen sind. Daß seither eine neue wesentliche Preissteigerung stattgefunden hat, ist bekannt.

Zu einem ähnlichen Ergebnis gelangt der Verfasser, wenn er seinen Berechnungen die im Frieden vorgenommenen Erhebungen über die Lebenshaltung, wie z. B. die Untersuchung des Reiches vom Jahre 1907, zugrunde legt. Danach brauchte eine vierköpfige Familie im Juli 1914 zur Beschaffung der wichtigsten Lebensmittel 78,27 M., im September 1915 118,98 M., im Juli 1921 1166,32 M. und im Juni 1922 4342,78 M., d. h. die Lebenshaltungskosten haben sich in diesem Zeitraum um das 55fache erhöht. Geht man von den täglichen Aufwendungen einer erwachsenen Person aus, indem man den gesamten Nahrungsmittelverbrauch der deutschen Bevölkerung zur Grundlage nimmt, wie es z. B. der Wirtschaftsstatistiker Kutzynski tut, so beträgt die Teuerung sogar das 61fache.

Bei diesen Berechnungen ist es von Interesse, festzustellen, in welchem Maße die einzelnen Lebensmittel die Teuerungswelle mitgemacht haben. Während es bei oberflächlicher Beobachtung, wie sie den täglichen Einkäufen der Hausfrau zugrunde liegt, den Anschein hat, daß die tierischen Produkte und Fette an der Spitze stehen, zeigt die statistische Erhebung, daß die Preissteigerung der Gemüse alles andere weit in den Schatten stellt. Nach einer der Berechnungen von Tyska beträgt die Verteuerung von Kohl und Gemüse das 142fache, von Kartoffeln mehr als das 90fache, von Eiern das 74fache, von Fleisch das 70fache und von Milch das 65fache. Diese Verschiebungen im Preis der einzelnen Artikel haben naturgemäß eine Bedarfsverschiebung im Nachkriegshaushalt hervorgerufen. Während vor dem Kriege nach Tyska die Ausgaben für Fleisch und Brot an erster Stelle standen und die Kartoffeln dahinter weit zurücktraten, gleichen sich die Ausgaben jetzt ziemlich aus. Die Ausgaben für Kartoffeln erfordern 11 Proz. gegen 3,5 Proz. vor dem Kriege, für Brot und Backwaren 12,8 Proz. gegen 7,5 Proz., Fleisch und Wurst 11,6 Proz. gegen 30,3 Proz. Eier 1,9 Proz. gegen 4,5 Proz. und Milch 8,8 Proz. gegen 16,6 Proz. vor dem Kriege.

Die Bedarfsverschiebung kann naturgemäß auf die Ernährung nicht ohne Einfluß bleiben. Die Wissenschaft berechnet den für die Erhaltung nötigen Bedarf des Menschen an Nahrungsmitteln nach Kalorien (Wärmeeinheiten). Die drei Nährstoffgruppen, die zu einer gesunden Ernährung nötig sind, sind Eiweiß, Fett und Kohlenhydrate. Eine erwachsene männliche Person hat im Durchschnitt einen täglichen Bedarf von 3000 Kalorien, eine erwachsene Frau 2400 Kalorien und ein Kind 2000 Kalorien. Nach den Untersuchungen, die der Tyskaschen Statistik zugrunde liegen, betrug der Kalorienverbrauch pro Kopf und

Tag aber nur 1940; er war nur zu 88,2 Proz. gedeckt; dabei stellt sich der Kohlenhydratverbrauch auf 95,7 Proz., der Fettverbrauch auf 85,7 Proz. und der Eiweißverbrauch auf 67,7 Proz. des Soll. Der Kalorienbedarf wurde zu 75,2 Proz. durch pflanzliche und nur zu 24,8 Proz. durch tierische Nahrungsmittel gedeckt. Diese Resultate stellt Tyska in Vergleich zu einer Untersuchung, die während des Krieges unter dem Zeichen der Zwangsrationierung und der Hungerblockade im April und Juli 1916 durchgeführt wurde. Die Kalorienmenge betrug damals pro Kopf und Tag 85,9 resp. 82,7 Proz. des Normalbedarfs.

„Entgegen der vielfach geäußerten Meinung,“ so folgert Tyska daraus, „ist durch die Aufhebung der Blockade (und möchten wir hinzufügen, der Zwangswirtschaft. D. Red.) infolge der starken Preissteigerung die Ernährung weiter Volksschichten gegenüber der Kriegszeit keine wesentlich bessere geworden.“

Eine eiweiß- und fettarme, an Kohlenhydrate jedoch reiche Nahrung, wie sie oben festgestellt wurde, sei die typische Ernährungsweise einer Familie, die nicht genügend Geld habe, um sich eine kräftige Kost zu beschaffen, sondern zur Stillung des Hungers in verhältnismäßig großer Menge magen- und darmfüllende Nahrungsmittel, wie Kartoffeln, Gemüse und Kohl, zu sich nimmt. Auch gegenwärtig könnten die minderbemittelten Schichten durch ihre Ernährung nicht den vollen Kalorienbedarf decken, der notwendig wäre, um voll leistungsfähig zu sein.

Das ist das wohlfundierte Urteil eines Wissenschaftlers, dem wir recht weite Verbreitung wünschen möchten, besonders in jenen Kreisen, die auch heute noch immer das Sprüchlein von den wahnwitzigen Lohnforderungen der Arbeiter und der Notwendigkeit einer Abschaffung des Achtstundentages herbeten. Die Industriellen lassen sich in fremder Valuta bezahlen, sie decken sich mit Frank- und Pfundaufträgen ein, die Agrarier folgen diesen Spuren, der Arbeiter dagegen erhält seinen Lohn in Markwährung. Wohin das führt, zeigt Tyskas Untersuchung.“

Bei dieser Aufstellung muß man beachten, daß nur für Lebensmittel eine vierköpfige Familie bei dem berechneten spärlichen Nahrungsmittelverbrauch 4342,78 M. im Juni 1922 auszugeben hatte. In dieser Summe ist keine Miete, keine Heizung, kein Licht, keine Wäsche und keine Schuhe und nichts zum notwendigen Lebensbedarf enthalten. Sie übersteigt aber trotzdem den Monatsverdienst eines Facharbeiters der Porzellanindustrie in Ortsklasse II a um rund 1342 M.; denn die Facharbeiter über 24 Jahre verdienen im Juni Tariflohn 2995,2 M. in vier Wochen, also rund 3000 M., wovon noch die Abzüge abgingen. Die sonstigen Arbeiter sind noch bedeutend schlechter dran. Nur zu deutlich ist daraus zu erkennen, wie tieftraurig es in den Porzellanarbeiterfamilien aussehen muß, wenn sie nicht einmal soviel verdienen, als sie zum nackten Leben brauchten.

Das Verhältnis für Juli und August hat sich für Juli und August infolge der rasenden Preissteigerungen noch wesentlich verschlechtert. Es ist deshalb kein Wunder, wenn die Porzellanarbeiter zu ernstern Kämpfen zwecks Verbesserung ihrer Lage bereit sind. Die Unternehmer werden allerdings ihrem bezahlten Spießfuß wieder den Auftrag erteilen, diese anklagenden Zahlenbeweise durch ein paar Redephrasen hinwegzudiskutieren. Geht es ihnen nicht, dann wird es ihnen nicht; denn das traurige Leben breiter Porzellanarbeiterschichten ist eine Tatsache, die den Rückhalt zu den Zahlen bildet.

Unwiderlegbare Zahlenbeweise.

Der redende Unternehmervertreter muß bei den Lohnverhandlungen gewöhnlich den Versuch machen, die von den Arbeitervertretern vorgebrachten Beweise für das Bestehen einer großen Teuerung zu entkräften. Die Versuche gelingen natürlich nie, können auch gar nicht gelingen; denn die nach oben hastenden Preise sind untrügliche Beweise für das Vorbringen der Arbeiter. Die steigende Lebenshaltung der Arbeitenden wird ja auch in Zahlen erfaßt, aber bei den Lohnabkommen lassen sie deshalb keine Verwendung finden, weil sie zurückliegen und nur für das Gewese gelten. Immerhin ist es noch beachtenswert, wie sie sich in der Vergangenheit auswirkten. Sie lassen mit aller Deutlichkeit erkennen, wie die Arbeitenden in bestimmten Zeiträumen von ihren „Brotgebern“ — sagen wir ruhig — betrogen worden sind. Nach Professor v. Tyska, den wir schon einmal zitierten, haben „Facharbeiter“ der Porzellanindustrie allein im Monat Juni rund 1342 M. als Familienväter zu wenig erhalten. Bei verheirateten „sonstigen Arbeitern“ mit Familie macht die Summe rund 1500 M. monatlich aus, die sie zum Stillen ihres Hungers zu wenig bekommen haben. An Schuhe besohlen und andere zum Leben notwendige Dinge haben die Leute nicht denken können, denn ihre Einnahme reichte nicht einmal für das Essen aus.

Noch viel erschreckender und deutlicher kommt die traurige Lage vieler Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen zum Ausdruck, wenn man den Großhandelsindex der „Frankfurter Zeitung“ betrachtet. Die Gruppe „Lebensmittel und Genussmittel und ähnliches“ hat im September die Zahl 29 175 erreicht, während sie im Juni mit 6967 angegeben war. Das bedeutet: die Lebens- und Genussmittelpreise waren im Juni für den Großhandel um das 69fache und anfangs September um das 291fache gegen Mitte 1914 gestiegen. Das sind untrügliche Zahlen, und sie stützen sich auf genaueste Berechnungen. Sie müssen auch als Maßstab gelten; denn einige Wochen später müssen die Verbraucher die Preise mit einem Aufschlag im gleichen Preisverhältnis bezahlen. Der Großhandel büßt bei seinen Geschäften keinen Pfennig ein, ebensowenig der Kleinhändler. Der Konsument muß ihnen bezahlen, was sie verlangen. Dabei muß er sich, wie den Porzellanarbeitern von den Unternehmern zugebacht ist, mit einer noch nicht ganz 100fachen Lohnerhöhung gegen normale Vorkriegszeiten begnügen. Gerade für die schlimmste Teuerungsauswirkung, für die im August, die noch heftiger war als die Dollarsteigerung, die in den Zahlen 13 691 und 29 175 angegeben ist, haben die Arbeitgeber mit höhnischem Grinsen großmütig ganze 35 und 50 Proz. zugestanden. Durch diese Zulage ist der horrenden Teuerung in keiner Weise Genüge geleistet.

Die „Frankfurter Zeitung“ hat jedoch noch andere Vergleichszahlen berechnet. Sie setzte die Indizes vom Januar 1920 gleich 100 und erhielt dann bei ihrer Berechnung von 77 Waren für September einen Gesamtindex von 2251 gegen 1140 im August. Die Gruppe 1 (Lebens-, Genussmittel und ähnliches) enthält die Zahlen 2444 für September und 1385 für August. Nun rechne einmal jeder Arbeiter und jede Arbeiterin nach, wie weit sie hinter 1914 und 1920 mit ihren Einkommen zurück sind. Sie werden herausfinden, daß ihre Löhne und Gehälter nicht einmal in ihrer Höhe mit den Ausgaben für Lebensmittel Schritt gehalten haben, daß sie insgesamt nicht dazu ausreichen, nur das nackte Leben zu fristen.

Es wäre an der Zeit, daß die Arbeitgeber die Lebenshaltung der Arbeiter oder auch ihr eigene genauestens erfassen ließen. Sie würden und müßten dann zu den gleichen Ergebnissen und zu anderen Anschauungen kommen. Sie sind jedoch nicht zur Einsicht geneigt. Die Folgen ihrer brüderlichen Lohnpolitik müssen sich anscheinend erst im Faktor Leistungsfähigkeit zu erkennen geben, ehe befehlen sie sich nicht. Ob das jedoch nicht auch zum Verhängnis für sie wird, bleibt abzuwarten.

Wir geben ihnen einstweilen die paar Zahlen zum Nachdenken anheim.

Zur Frage:

Reichs-, Landes- oder Bezirkslohn tarife?

Das letzte in Nürnberg getätigte Abkommen nötigt die Dresdener Porzellaner zu dem Versuch, den unsere Delegierten schon auf der Generalversammlung unternommen haben, die Kollegen im Reich zu unserer Auffassung zu befehlen, nochmals zu wiederholen. Ein Blick auf die seit 25. August gültige Lohnliste zeigt den Kollegen im hiesigen Bezirk genug. Einige Gegenüberstellungen von Zahlen werden auch den Kollegen im Reich beweisen, daß es für uns Dresdener bei unserer Forderung: „Los vom Reichslohnabkommen“, mehr als eine nackte Existenzfähigkeit zu sichern gilt. Auch im Interesse unserer Organisation müssen wir auf unserem Standpunkt beharren. Selbst gewerkschaftlich fortgeschrittenen Köpfen unter den Kollegen am Orte erscheint das Weiterarbeiten in den eingeschlagenen Bahnen den Tarifgedanken überhaupt zu gefährden. Um möglichst schnell zur Sache zu kommen, ist es unangebracht, in diesem Zusammenhange von den Löhnen der Bauarbeiter zu sprechen. Diese scheiden bei einer Betrachtung als Saisonarbeiter, die infolge mancherlei Umstände nicht das ganze Jahr arbeiten können, von vornherein aus. Aber schon in der Metallindustrie sieht die Sache anders aus. Diese Arbeiterschaft hat einen Schiedsspruch, der ab 1. September den Gelehrten einen Stundenlohn von 59 Mk. brachte, abgelehnt. In der chemischen Industrie ist seit demselben Zeitpunkt den Männern 61,25 Mk. und den Frauen 39,85 Mk. pro Stunde zugesprochen worden. Die Dresdener Transportarbeiter (Lohnfütterer) haben es vorgezogen, ehe sie für 51 Mk. arbeiten, in den Streik zu treten. Der nun mittlerweile in der Metallindustrie getätigte Spruch sieht folgende Löhne vor: Für hochqualifizierte Facharbeiter 66,60 Mk., Angelernte 63,95 Mk., Ungelernte 58,60 Mk. und Arbeiterinnen 39,95 Mk. die Stunde. Der Spitzenlohn ist gleichzeitig als Anordnungs zu betrachten. Noch mehr zu unseren Ungunsten verchiebt sich das Bild, wenn wir die Tarife der chemischen, Papier- und Gummiindustrie einer Durchsicht unterziehen. Das sind alles Gewerbe, in denen nur ungelernete Arbeiter in Frage kommen.

Am weitesten zurückbleibt in den eben angeführten Industrien die Bunt- und Chromopapierindustrie. Doch selbst da erhält ein Arbeiter nach vollendetem 21. Jahre 56,50 Mk. und eine Arbeiterin 38 Mk. die Stunde. In sämtlichen angeführten Industrien werden auch nicht allerorts diese Löhne gezahlt, es ist aber ohne weiteres hieraus zu entnehmen, wie recht wir mit unserer Behauptung haben, die Regelung der Löhne ist bezirksweise vorzunehmen. Nachzutragen wäre noch, daß alle angeführten Tarife nur bis 15. September laufen, also mehr als der unserige die Möglichkeit bieten, der aufsteigenden Preiskurve zu folgen. Weiter wäre noch zu bemerken, daß es auch bei einigen dieser Industrien üblich ist, die Mantelverträge über das ganze Reich abzuschließen. Daß sich in diesem Falle die Lohnabkommen nicht zu weit voneinander entfernen, versteht sich wohl am Stande.

Diese wenigen Beispiele zeigen zur Genüge, daß es nicht nur der Drang nach höherer Entlohnung ist, welcher uns veranlaßt, der reichstaxtariflichen Regelung eine Absage zu erteilen. Das Gebäude unserer Organisation ist allen Kollegen, welche in letzter Zeit bei unseren Zusammenkünften dagegen Front machten, mehr am Herzen gelegen, als einige Pfennige mehr Lohn. Leider aber ist die große Masse nur in der Lage, den Augenblick ins Auge zu fassen. Sie schütten das Kind mit dem Bade aus; anstatt die Angriffe gegen das Unternehmertum zu richten, sind sie sehr leicht geneigt, einzig und allein die Organisation verantwortlich zu machen. Als vor noch nicht so langer Zeit unsere Leute an der Spitze marschierten, hat wohl die Arbeiterschaft der anderen Industrien mit Begehrlichkeit nach uns geblickt, daraus die Konsequenz gezogen und den Kampf gegen ihre Arbeitgeber aufgenommen. Anders bei uns. Zur Ehre unserer Kollegen sei es gesagt, daß es nur ein kleiner Teil von ihnen ist, der da glaubt, daß das uns gegenüberstehende Unternehmertum ein anderes wird, wenn sie sich einer anderen Organisation anschließen. Bis sie merken, daß sie einem Trugschluß Gehör gegeben haben, ist aber der Organisation ein Schaden zugefügt, für dessen Auswekung Kräfte aufgewendet werden müssen, die besser anderwärts sich betätigen könnten.

Wir wenden uns aus diesem Grunde an unsere Kollegen allerwärts, ob es nicht angebracht erscheint, in Zukunft so zu verfahren, wie es in einigen anderen Industrien schon üblich ist. Der Mantelvertrag wird über das ganze Reich abgeschlossen und die Lohnfrage bezirks- oder länderweise geregelt. Die Vorteile einer solchen Regelung werden nach unserem Erachten nicht nur im hiesigen Bezirk, sondern überall fühlbar sein. Wenn die Verhandlungskommissionen für kleinere Distrikte zusammentreten, muß doch ohne weiteres die Möglichkeit gegeben sein, die Unternehmer mehr als bisher in eigener Person an den Verhandlungstisch zu bringen. Auch ist es ihnen bei Inanspruchnahme von Unparteiischen nicht so leicht gemacht, ein für ihre Zwecke günstig liegendes Wirtschaftsgebiet aufzusuchen.

Die hiesige Kollegenschaft ist einmütig der Meinung, daß von hier aus so lange gegen das Reichslohnabkommen Sturm gelaufen wird, bis es beseitigt ist oder den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen in ihm Rechnung getragen wird.

Wir wären ja jederzeit in der Lage, die Beweismittel für unsere Auffassung viel weiter darzulegen, aber wir sind uns bewußt, daß es nicht unsere Aufgabe sein kann, der Öffentlichkeit alles und jedes kritiklos zu unterbreiten und dadurch die Taktik unserer Organisation bei künftigen Verhandlungen lahmzulegen.

B. M.

Wie lange noch?

Das neue Lohnabkommen, das uns am 1. September beschert worden ist und „großzügig“ vom 25. August ab Geltung haben soll, hat wohl die gesamte Kollegenschaft überrast. Ueberrascht wohl nicht durch auskömmliche Löhne, sondern dadurch, daß so etwas überhaupt geboten wurde. Und wohl noch viel mehr, daß ein solches Monstrum — um mich, gelinde auszudrücken — Annahme fand. Das ist verwunderlich in einer Zeit, in der die Kosten für die Lebensweise durch die wahnsinnige Geldentwertung weit über 100 Proz. im Verhältnis zu Juni und Juli gestiegen ist, in der ein Paar Stiefel 3500 bis 4000 Mk. kostet, die Margarine mit 200 Mk. das Pfund, der Zucker (natürlich nur „Auslandszucker“) mit 90 Mk. das Pfund bezahlt werden müssen. In einer Zeit, in der die Unternehmer auf der Herbstmesse nach Goldwährung bezahlt sein wollten, da gibt man uns Porzellanarbeitern ganze 40 Proz. Aufschlag. Soll das eine Bechöhung sein, oder will man uns planmäßig verhungern lassen? Bei den Lohnabkommen des letzten Jahres hat man hinterher die Notchreie aus den Mitgliederkreisen gehört. Ich frage, wie lange will sich die Porzellanerichterschaft diese Verelendung noch gefallen lassen? Wir sehen hier in Norddeutschland, daß die Löhne aller anderen Industriearbeiter weit über unsere hinweg ragen. 60 Mk. Stunden-

Lohn bekommt hier der geringste Arbeiter, und 70 bis 90 Mk. Stundenlohn ist jetzt hier der Durchschnitt. Liegt es am Verhandlungssystem, daß nicht mehr herauszuholen ist? Wenn ja, dann ist es höchste Zeit, daß es beseitigt wird. Liegt es aber an der Verschiedenheit der wirtschaftlichen Verhältnisse in den einzelnen Gegenden Deutschlands, dann ist es noch viel notwendiger, daß der Reichslohntarif verschwindet. Alle anderen Verbände gehen zu Bezirks- oder Lokaltarifen über, weil eben der starre Reichslohntarif für sie nicht mehr zweckmäßig ist. Kollegen und Kolleginnen! Erhebt einmütig Protest gegen dieses Verelendungssystem! Die Organisation, das, was wir mit so viel Liebe und intensiver Arbeit jahrelang aufgebaut haben, ist in Gefahr, zerrümmert zu werden. Alle die, die in ihren Grundsätzen noch nicht so fest sind, werden entmutigt, und es droht die Flucht aus dem Verband. Es ist unsere heiligste Pflicht, zu handeln, bevor es zu spät ist, bevor wir so geschwächt sind, wie unsere Gegner im Unternehmerlager es wollen. Wenn uns der Reichslohntarif nicht geben kann, was wir zum menschenwürdigen Leben gebrauchen, dann weg mit ihm. Wir wollen uns örtlich schon, wenn wir die Fessel los sind, die nötigen Existenzmittel erringen.

Karl Henseler, Elmshorn.

Brüder in Not!

Wohlthaten, still und rein gegeben,
Sind Tote, die im Grabe leben,
Sind Blumen, die im Sturm besteh'n,
Sind Sterne, die — nie untergeh'n.

Fast jede „Ameise“ enthält für in wirtschaftliche Bedrängnis geratene Kollegen und Kolleginnen Aufrufe zur Unterstützung. Die Gesuche um Aufnahme in unser Blatt werden vom Vorstand sorgfältig geprüft, und es sind ausnahmslos Fälle, in denen reichliche Unterstützung am Platze ist.

Leider sind die Ergebnisse der Sammlungen nicht gerade hoch, wie aus den jeweilig veröffentlichten „Quittungen“ zu ersehen ist. Abgesehen davon, daß nur etwa ein Drittel der Zahlstellen beteiligt ist, wird über Spenden von 20 bis 30 Mk. — selbst von größeren Zahlstellen — quittiert. Das Gesamtergebnis ist meistens ein Betrag, der in heutiger Zeit für ein bis zwei Wochen ausreicht und oft dazu gebraucht werden muß, um Schulden zu bezahlen. Darum, Kollegen, spendet mehr!

F. J. Smer - Berlin.

Aus einer weiteren Zuschrift entnehmen wir zu der gleichen Sache die folgenden Zeilen:

„Ich lese die „Ameise“ von Anfang bis zum Ende und denke auch über das Gelesene nach; denn ich betrachte unser Blatt als Aufklärungsorgan. So wie ich sollten es übrigens alle Verbandsmitglieder machen. Mit der Schreibweise der „Ameise“ bin ich bis auf einige Kleinigkeiten zufrieden. Nur bei der vorletzten oder letzten Seite überkommt mich beim Lesen der „Quittungen“ ein Mergel. Von Solidaritätsgefühl kann man gerade nicht reden, wenn bei 68 000 Verbandsmitgliedern 1600 Mk. für kranke Kollegen quittiert werden und großmütig Dank erstattet wird. Es wäre wahrlich am Platze, unseren kranken Kollegen und Kolleginnen etwas mehr Unterstützung zuzulassen zu lassen. Sie haben doch zum größten Teil auch für unsere Ziele mitgekämpft, wollen wir sie in der Not wenigstens vor dem Hungertode retten. Vielfach kommen ihre Notschreie durch die Zahlstellen so spät, daß sie schon im Grabe schlummern, wenn die Unterstützungen für sie einlaufen. Wir müssen unseren proletarischen Brüdern und Schwestern besser unter die Arme greifen und sie vor Entbehrung schützen. Denkt alle daran! Paul Schmidt, Königszell.“

Die Redaktion empfiehlt die mahnenden Worte allen Kollegen und Kolleginnen in den Zahlstellen zur Beachtung. Die Sammlungsergebnisse erreichen vielfach nicht einmal die Höhe eines Wochenlohnes. Das ist nicht sozial gehandelt. In dieser Beziehung erhoffen wir einen Wandel; erstens möchten sich an Sammlungen alle Zahlstellen beteiligen und zweitens Beträge beisteuern, die als annehmbar bezeichnet werden können.

Verbindlich erklärt.

Der Präsident des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung teilt uns mit, daß die zwischen den feineren Arbeitnehmern und Arbeitgebern am April und Mai abgeschlossenen Vereinbarungen für verbindlich erklärt sind. Ausgenommen sind die Betriebe der Berliner Metallindustrieller angeschlossenen Firmen. Geltungsbereich ist das Gebiet des Deutschen Reiches, mit Ausnahme der Steingutfabrik Wittenberg, A. G. in Farge. Die Verbindlichkeit für den Schiedspruch vom 13./14. April 1922 beginnt mit Wirkung vom 8. April und für den vom 24./25. Mai mit Wirkung vom 28. Mai 1922.

Aus anderen Verbänden.

Die Bewegung im Töpferverband 1921.

Der Töpferverband, mit dem wir in Vorkriegszeiten neben den Glasarbeitern wegen Verschmelzung in Unterhandlungen standen, gibt seinen Jahresbericht für 1921 heraus. Daraus ist zu entnehmen, daß der Verband eine Einnahme von 2 053 803 Mk. hatte, der eine Ausgabe von 1 613 778 Mk. gegenüberstand. Das Verbandsvermögen betrug demnach am Schlusse des Geschäftsjahres 749 478 Mk. Die Mitgliederzahl ist im Berichtsjahr etwas zurückgegangen und betrug beim Abschluß 11 164. Das Werbegebiet des Verbandes ist nahezu erschöpft. Geklagt wird darüber, daß zwei Scheibentöpferfilialen (Höhr und Grenzhausen) zum Fabrikarbeiterverband hinübergezogen wurden. Der Töpferverband schließt sich zum 1. Januar 1923 dem Baugewerksbund als Sektion an. Die Vorarbeiten dazu sind abgeschlossen. Damit löst sich ein Berufsverband auf und tritt zum Industrieverband.

Der Transportarbeiterverband im Jahre 1921.

Aus dem Geschäftsbericht, den der Transportarbeiterverband seinem Verbandstag am 3. September in Berlin vorlegen konnte, entnehmen wir, daß dessen Mitgliederzahl 567 447 beträgt, darunter 509 397 Männer und 58 050 Frauen. Das Verbandsvermögen ist mit 29 241 906 Mk. angegeben. Im Tarifwesen geht eine Verminderung der vielen Einzeltarife zur Verdichtung von Manteltarifen vor sich. Die Tarife kommen auch 8 Proz. Unorganisierten zugute.

Vermischtes.

Hermisdorf. Dem Gewerkschaftskartell Hermisdorf, in dem die Porzellanarbeiterschaft sehr stark vertreten ist, gelang es, ein eigenes Heim in Betrieb zu nehmen. Das Hermisdorfer Rathaus geht am 1. Oktober pachtweise in den Besitz des Kartells über. Damit beginnt für Hermisdorf eine neue Epoche in der Entwicklung, und an den Arbeitern und Arbeiterinnen wird es liegen, welchen Aufstieg ihr begonnenes Werk nehmen wird. Mögen die Porzellaner regen Anteil daran nehmen und dem praktischen Sozialismus die Bahn mit freimachen.

Einigung der sozialistischen Parteien. Nach vorausgegangenen Einzelparteitagen in Augsburg und Gera werden die „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ und die „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ einen Einigungsparteitag am 24. September 1922 in Nürnberg abhalten. Das ausgearbeitete Einigungsprogramm enthält die Kapitel: 1. Schutz der Republik; 2. Kampf gegen die Klassenjustiz; 3. Finanz- und Wirtschaftspolitik; 4. Sozialpolitik; 5. Volksgesundheit und Volkserziehung und 6. Internationale Politik.

Zum Wohle der sozialistischen Arbeiterschaft ist dieser Schritt der beiden ausschlaggebendsten Arbeiterparteien nur zu begrüßen. Er trägt wesentlich zur Stärkung der Schlagkraft und Belebung des Kampfesmutes der proletarischen Massen bei.

Familiengeschichtliche Erhebungen bei Industriearbeitern. Von Prof. Weichardt und Dr. Steinbacher wurden in einem großen Fabrikunternehmen der Metallindustrie Mitteldeutschlands mit Unterstützung der Betriebsräte familiengeschichtliche Erhebungen bei den gelernten Industriearbeitern angestellt, deren Ergebnisse recht lehrreich sind. Während bei den Eltern der jetzigen Generation noch 5,4 lebende Kinder zur Aufzucht kamen, hat die jetzige Generation nur noch 2,7 lebende Kinder. Wie die Untersuchenden in der „Medizinischen Wochenschrift“ mitteilen, läßt sich noch nicht sagen, wieviel von diesen Kindern zur Aufzucht kommen; jedoch ist auf Grund der Statistik zu erwarten, daß etwa 6 Proz. von diesen Kindern bis zum Aufzuchtalter von 15 Jahren in Wegfall kommen, so daß der Zahl 5,4 der Eltern jetzt nur die Zahl von 2,5 gegenüberstehen würde. Diese geringe Fortpflanzungsziffer der jetzigen Arbeitergeneration ist trotz verhältnismäßig günstigen Heiratsalters zu beobachten. Im Durchschnitt berechnet sich das Heiratsalter für die Männer auf 25 und für die Frauen auf 23 Jahre. Für die Zahl der Geburten ist die Arbeit der Frau von Einfluß. Die Familien, in denen die Frau lediglich als Hausfrau tätig ist, haben durchschnittlich 3,7 Geburten und 2,8 lebende Kinder, und die Familien, bei denen die Frau einem außerhäuslichen Beruf nachgeht, haben nur 2,2 Geburten und 2,1 lebende Kinder. Den Frauen daheim werden also mehr Kinder wieder genommen als den Frauen, die draußen arbeiten, obwohl man annehmen muß, daß die Kinder der daheim arbeitenden Mütter eine andere Pflege haben. Das zeigt, daß ein gutes wirtschaftliches Auskommen von der wesentlichsten Bedeutung ist. Wenn die Frau selber mitverdient, dann besteht die beste Aussicht auf Erhaltung des Lebens der Kinder, weil der Lohn des Mannes allein für das Leben nicht reicht. Wirklich ein trauriges Ergebnis!

Frauen-Beilage.

Frühherbst.

Ein erstes, leichtes Silben kam
fast über Nacht in Dunst getaucht.
Mir ist's, als ob ich Abschied nahm
von einem Traum, der wunderbar
in stilles Glück mich tief getaucht . . .

Mir ist's, als ob die Welt verstaubt
nun allgemach in Herbst und Harm . . .
und hat doch goldig mir geblinzt
und mir gelacht und mir gewinkt
gar sommerhell und sonnenwarm!

Mir ist's, als sollt's ein Abschied sein . . .
Ich schau' zurück in Lenz und Traum:
Die Vögel werden stumm im Hain,
mein Haar ward grau, ich bin allein . . .
Und Welllaub gleitet still vom Baum . . .

Ludwig Lassen.

Die neue Wochenhilfe und Wochenfürsorge.

Von Friedr. Kleis.

Unter dem mannigfachen, in den letzten Wochen ergangenen sozialpolitischen Gesetzen befinden sich auch zwei, welche die Wochenhilfe und Wochenfürsorge ausgestalten. Bisher war die Mutterschaftsfürsorge in einem Gesetz geordnet. Man hat nun daraus zwei gemacht, und zwar aus guten Gründen. Das eine, das Gesetz über die Wochenhilfe, bezweckt eine Wenderung der Reichsversicherungsordnung und regelt die einschlägigen Ansprüche der selbstversicherten Wöchnerinnen und der Familienangehörigen von Versicherten. Schon seit Einführung der Reichsversicherungsordnung bezeichnet man die Versicherungsleistungen an Wöchnerinnen als „Wochenhilfe“. Das andere Gesetz, das über die Wochenfürsorge, regelt die Ansprüche der minderbemittelten Wöchnerinnen, die mit einer Krankenkasse gar nichts zu tun haben. Die Leistungen werden vom Reich getragen, wenn sie allerdings auch von den Krankenkassen zur Auszahlung kommen. Die Trennung der Gesetze bewirkt eine größere Uebersichtlichkeit in dem Aufbau der Reichsversicherungsordnung, denn es wird ausgetrennt, was nicht in diese hineingehört.

Aber nicht nur in der Form, auch in der Sache sind wesentliche Verbesserungen eingetreten. Wesentlich ist zunächst, daß für alle drei Gruppen von Wöchnerinnen, nämlich 1. die Selbstversicherten, 2. die Familienangehörigen von Versicherten und 3. die Minderbemittelten, die ärztliche Behandlung, falls solche bei Schwangerschaftsbeschwerden und bei der Entbindung erforderlich ist, in vollem Umfange von der Krankenkasse bereitgestellt und bezahlt werden muß. Bestehen zwischen einer Krankenkasse und deren Ärzten Streitigkeiten wegen Honorarangelegenheiten, so kann auf Antrag der Kasse das Oberversicherungsamt letztere ermächtigen, für die Wöchnerin statt der ärztlichen Behandlung einen barem Betrag bis zu 300 Mk. zu gewähren.

Die sonstigen Aufwendungen bei der Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden und der Entbindung, besonders für die Hebammenhilfe und etwaige Heilmittel, werden nach wie vor grundsätzlich durch einen einmaligen Betrag abgegolten. Dieser beträgt für alle Gruppen der Wöchnerinnen einheitlich 250 Mk. Findet eine eigentliche Entbindung nicht statt, zum Beispiel bei Frühgeburten, so sind als Beitrag zu den Kosten bei Schwangerschaftsbeschwerden 50 Mk. zu zahlen. Abweichend von dieser grundsätzlichen Regelung kann der Vorstand der Krankenkasse allgemein beschließen, bei Schwangerschaftsbeschwerden und bei der Entbindung freie Hebammenhilfe und freie Arznei zu gewähren. Führt eine Krankenkasse das für ihre Mitglieder ein, so gilt diese Einrichtung auch für die „minderbemittelten“ Wöchnerinnen, denen die Kasse verlagsweise für das Reich Wochenfürsorge leistet. Die Wöchnerinnen haben natürlich ein Interesse daran, daß die Kassen diese volle Bezahlung der Hebammengehühren usw. übernehmen, und es empfiehlt sich, bei den Kassen darauf hinzuwirken. Führt eine Kasse die Einrichtung ein, so ermäßigt sich dann die bare Beihilfe für alle Gruppen der Wöchnerinnen auf 100 Mk. Findet keine Entbindung statt, so ist kein Betrag zu zahlen.

Das Wohngeld hat eine Erhöhung erfahren. Für die Wöchnerinnen, die selbst Mitglied einer Krankenkasse sind, ist es so hoch wie das Krankengeld, beträgt also etwa die Hälfte des letzten durchschnittlichen Verdienstes. Niedriger wie 6 Mk. täglich darf es jedoch nicht sein. Für die Familienangehörigen von Versicherten und die „Minderbemittelten“ (die Gruppen 1 und 2 der Wöchnerinnen) beträgt das Wohngeld einheitlich 4,50 Mk. täglich. Das Wohngeld ist auch für Sonntage zu gewähren. Die Bezugsdauer des Wohngeldes ist einheitlich auf 10 Wochen festgesetzt. Davon müssen mindestens 6 Wochen auf die Zeit nach der Niederkunft fallen. Das Wohngeld für die ersten 4 Wochen ist spätestens mit dem Tage der Entbindung fällig.

Solange die Mütter ihre Neugeborenen stillen, ist ein Stillgeld zu gewähren, jedoch längstens bis zum Ablauf der 12. Woche nach der Niederkunft. Die Kasse kann eine Bescheinigung von der Hebamme oder vom Arzt darüber verlangen, daß die Mutter das Kind tatsächlich stillt. Für selbstversicherte Wöchnerinnen beträgt das Stillgeld die Hälfte des Krankengeldes, jedoch mindestens 8 Mk. täglich. Für die anderen beiden Gruppen von Wöchnerinnen beträgt das Stillgeld einheitlich 8 Mk. täglich.

Neben dem Wohngeld für die Zeit nach der Entbindung wird Krankengeld nicht gewährt. Auch sonst ist die Wochenhilfe nur einmal

zu gewähren. Sollten mehrere Kassen zuständig sein, so steht der Wöchnerin die Wahl frei. Wechselt eine selbstversicherte Wöchnerin während der Leistung der Wochenhilfe die Kassenzugehörigkeit, so bleibt die erstversicherte Kasse für die weitere Durchführung der Leistung zuständig. Stirbt eine selbstversicherte Wöchnerin bei der Entbindung oder während der Zeit der Unterstützungsberichtigung, so werden die noch verbleibenden Beträge an Wochen- und Stillgeld bis zum sachungsmäßigen Ende der Bezugszeit an demjenigen gezahlt, der für den Unterhalt des Kindes sorgt. An Familienangehörige (Gruppe 2 der Wöchnerinnen) ist die Wochenhilfe auch zu gewähren, wenn die Niederkunft innerhalb neun Monaten nach dem Tode des Versicherten erfolgt.

Die Mutterschaftsfürsorge kann von den einzelnen Krankenkassen über das gesetzliche Mindestmaß ausgebaut werden. So kann die Kassenfassung die Dauer des Wohngeldbezuges bis auf 13 Wochen, des Stillgeldbezuges bis auf 26 Wochen erweitern. Für selbstversicherte Wöchnerinnen kann das Wohngeld auch dem Betrage nach erhöht werden. Die Kassenfassung kann Schwangeren, die der Kasse mindestens 6 Monate angehören, wenn sie infolge der Schwangerschaft arbeitsunfähig werden, ein Schwangerengeld in Höhe des Krankengeldes zubilligen. Mit Zustimmung der Wöchnerin kann die Kasse, auch wenn sie das nicht in der Satzung vorgesehen hat, an Stelle des Wohngeldes Kur und Verpflegung in einem Wöchnerinnenheim gewähren oder Hilfe und Wartung durch Hauspflegerinnen stellen und dafür bis zur Hälfte des Wohngeldes abziehen.

Die Ansprüche sind vorzubringen von den Selbstversicherten und den Familienangehörigen bei den zuständigen Krankenkassen, von den Minderbemittelten (Gruppe 3) bei dem zuständigen Versicherungsamt. Letzterenfalls nimmt dieses Amt die erforderlichen Feststellungen vor und weist die Zahlung durch die Allgemeine Ortskrankenkasse an. Die Leistungen an Selbstversicherte müssen die Krankenkassen in vollem Umfange selbst tragen. Die an Familienangehörige (Gruppe 2) bekommen sie zur Hälfte erstattet, die an Minderbemittelte bekommen sie ganz zurück. Als „minderbemittelt“ ist eine Wöchnerin anzusehen, wenn ihr und ihres Ehemannes steuerpflichtiges Gesamteinkommen oder, sofern sie allein steht, ihr eigenes steuerpflichtiges Einkommen im Jahre oder Steuerjahre vor der Entbindung den Betrag von 15 000 Mark nicht überstiegen hat. Dieser Betrag erhöht sich für jedes vorhandene Kind unter 15 Jahren um 1500 Mk. Man sieht, das Gesetz ist wohl ausgebaut worden, mit der rapiden Geldentwertung hat es aber doch nicht gleichen Schritt gehalten. Es bedarf schon wieder von neuem der Verbesserung.

Die Kunst im Arbeiterheim.

Die Bildungsausschüsse der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung, die ihre Wirksamkeit über das gesamte Gebiet der Kunst ausbreiteten, boten der Arbeiterschaft neben guten Kunstabenden und klassischen Konzerten in Bücher- und Bilder-ausstellungen Literatur und Heimischmud von gewähltem Geschmack. All diesen Bestrebungen stellten nun die vier großen Gewerkschaften der graphischen Industrie als neues Glied, als weitere Stufe des Aufstiegs der Arbeiterklasse zu eigenem Kulturbewußtsein den Volkskunstverlag „Das Bild“, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht (Geschäftsstelle: Berlin-Mariendorf, Kurfürstenstraße 19), zur Seite. Der Zweck der Genossenschaft ist sachungsgemäß: „Die Herausgabe und der Vertrieb originalgetreuer Wiedergaben bildender und angewandter Kunst der Vergangenheit und Gegenwart.“ Bisher sind drei Drucke erschienen: „Das Balkonzimmer“ von Adolf Menzel, „Der Kohlentarren“ und „Ideale Landschaft“ von Richard Scholz. Weitere Werke sind in Vorbereitung. Der Preis der originalgroßen Bilder (46×56, 56×62, 56×65 Zentimeter) beträgt 10 Mark für das Blatt. Die Bildungsausschüsse, die Verlagsanstalten und Buchhandlungen der beiden sozialdemokratischen Parteien, der Volksbühnen, der Konsumgenossenschaft, des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, der Deutschen Holzarbeiter u. s. f. in Berlin, Leipzig, Magdeburg, Breslau und anderen Städten haben sich der Genossenschaft angeschlossen resp. ihre Einrichtungen zum Vertrieb der Drucke zur Verfügung gestellt. Gewerkschaftskartelle, Vereinigungen usw., die sich für den Vertrieb der Bilder interessieren, wollen sich an die oben genannte Geschäftsstelle der Genossenschaft wenden, die sofort jede Auskunft erteilt.

Durch die Ausschaltung eines jeden Gewinnes ist ein Preis möglich gemacht, der es den Arbeitenden gestattet, die Bilder als Wandschmuck zu erwerben und den Kulturabfall des milhelminischen Zeitalters, den beschämenden Schund, der leider noch immer die Wände der Arbeiterwohnungen bedeckt und die Schränke belastet, zu verbannen. Wird das Unternehmen auf solche Weise wirtschaftlich der Lage der Arbeiterschaft angepaßt, so soll es kulturell dem Bedürfnis unserer Genossen entsprechend gestaltet werden durch eine proletarischen Empfinden gemäße Auswahl der Werke.

Wir begrüßen freudig diese Kulturschöpfung des Proletariats. Der Weg, den die Genossen gehen, die hier zur Tat geschritten sind, wird nicht ohne Dornen sein. Das Unternehmen wird gegen die Mißgunst der kapitalistischen Herren des Kunstmarktes, die den unliebsamen Konkurrenten nicht unbehelligt lassen werden, zu kämpfen haben. Aber eben darum muß sich die gesamte Arbeiterschaft auch hinter diese Organisation stellen. Auch sie ist ein Teil ihres Kampfes. Nicht ohne Zweck und Absicht haben die herrschenden bürgerlichen Klassen das Proletariat von aller Kultur ferngehalten. Feinere Gestaltung, reicheres Innenleben, starkes Kulturbewußtsein — alles Eigenschaften, die durch echtes Kunstleben gefördert werden — sind gleichfalls Vorbedingungen des Erfolges der Arbeiterklasse.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Die Wirkung der Entscheidung der Reparationskommission.

Unter dem Eindruck der Pariser Entscheidungen erlitt der Dollar einen Sturz von 1750 Mk. bis herunter auf 1250 Mk. Daß eine weitere Besserung der Mark noch nicht eingetreten ist, liegt wohl in der Hauptsache daran, daß das Moment der „Unsicherheit“ immer noch nicht von uns genommen ist. Wenn auch mit dieser Entscheidung die Gefahr von Zwangsmagnahmen für den Augenblick gebannt ist, so kann doch der Zahlungsausschub keine wirtschaftliche Atempause — ein Moratorium — darstellen. Hierin wird gerade die Unlogik, die in der Pariser Entscheidung liegt, vom wirtschaftlichen Standpunkte aus sichtbar. Die Entscheidung hat festgelegt, daß Deutschland sowohl jeden inneren wie auch seinen Kredit verloren hat, eine Feststellung, die die Bankier schon vor Monaten machte, die von dem englischen Nationalökonom Keynes schon seit langem mit ihren furchtbaren Auswirkungen für die gesamte europäische Wirtschaft verurteilt wurden. Wenn auch die Einsicht endlich einheitlich — also auch den französischen Politikern — gekommen ist, so hat sie doch nicht zu den notwendigen Folgerungen zu führen vermocht, die einem so schmerzhaften Urteil wirtschaftlich entsprechen mußten. Die Reparationskommission hat wohl — und das ist das wesentlichste der Entscheidung — angedeutet, daß, falls die Regierungen zustimmen, eine etwaige Ermäßigung der äußeren Lasten Deutschlands in dem Maße in Betracht kommen könnte, wie es zur Wiederherstellung seines Kredites für notwendig erachtet werde. Diese Regelung, auf die es aber allein ankommt, ist hinausgeschoben worden. Dafür hat Deutschland, über das man im Reparationsgericht das schwere Urteil der Kreditunwürdigkeit fällte, als neue Belastung auferlegt bekommen, daß es noch dazu über Bedingungen des Zahlungsausschubs, über Garantien der zu begebenden 6 Monate laufenden Swapwechsel mit Belgien zu verhandeln hat. Belgien ist hiermit eine schwere Verantwortung gegen ganz Europa auferlegt worden. Man muß hoffen, daß es die Verhandlungen in dem Rahmen des wirtschaftlich wie politisch für Deutschland Möglichen führt; das wirtschaftliche Interesse Belgiens verlangt dies selbst. Belgien hat ein großes Interesse an dem Umschlag deutscher Waren. Als die deutschen Waren Belgiens Schiffahrtslinien in letzter Zeit mißden, weil die Gefahr vermutet wurde, daß bei eventuell in Frage kommenden Sanktionen Belgien vielleicht seinen Verzicht auf die Rechte aus dem Versailler Vertrag zurücknehme, wonach auch nach dem Friedensschluß nach Belgien verbrachtes deutsches Eigentum mitschuldend erklärt und damit liquidiert werden könnte, hat sich Belgien offenbar bemüht, diesem Mißtrauen entgegenzutreten und zu erklären, daß die belgische Regierung an die Aufhebung des Verzichts nicht denke. Daran sieht man, wie stark das belgische Interesse mit der wirtschaftlichen Funktion Deutschlands verknüpft ist. Aber noch mehr: Belgiens Wirtschaftslage bessert sich von Monat zu Monat; würden nun die Verhandlungen zu keinem günstigen Abschluß führen, so wäre eine unmittelbare Wirkung auf die Wirtschaft Deutschlands gegeben. Diese Wirkungen würden sich aber durch die engen Beziehungen ohne weiteres auf die wirtschaftliche Lage Belgiens überziehen. Einer deutschen Krise kann auch die belgische Wirtschaft nicht entgehen.

Es kann also nur dieser Ungewißheit hinsichtlich der belgischen Verhandlungen zugeschrieben werden, wenn sich der Devisenkurs nicht in weitgehendem Maße gebessert hat, denn auch im Innern Deutschlands hatten sich gegenüber der spekulativen Devisenhausse bereits Gegenwirkungen geltend gemacht. Die Geldknappheit hat dazu geführt, daß die Bankwelt durch Erschwerung des Kredites sich endlich entschlossen hat, die Valutaspekulation, die auf ihrem Rücken betrieben wurde, einzuschränken. Eine schärfere Kontrolle und Beaufsichtigung des Verwendungszweckes der eingeräumten Kredite hat stattgefunden. Man muß diese sehr berechtigten Vereinigungen und Zurückdämmung des spekulativen Devisenhandels begrüßen, wenn auch vielleicht nun eine Erschwerung des Geschäftsbetriebes in Handel und Industrie zu erwarten ist und Betriebseinschränkungen in der Folge zeigen werden.

Die Zollsetzung in Deutschland.

Wie wir bereits darlegten, ist diesmal der Devisenkurs die innere Preiswelle, worüber gefolgt. Von der Leipziger Messe wurde berichtet, daß man gerade dort die Störung des Wirtschaftslebens augenfällig beobachtet konnte. Die weiterverarbeitende Industrie, der Einzelhandel und vor allem der Einzelhandel mußten durch das Eindringen der Dollarwährung und selbst der Dollarzahlung in Anbetracht ihrer Käufe beschränkt werden. Dagegen war die Leipziger Messe für die dort befindlichen Käufer sozusagen das Signal für die Erhöhung ihrer noch vorhandenen Warenlager. Man sagt, daß Tausende von Telegrammen von den in Leipzig

befindlichen Kaufleuten an ihre Firmen gesandt wurden, die die Preise mitteilten und Veranlassung gaben, daß sofort die Waren entsprechend erhöht wurden.

Neue Kohlenpreise.

Auf dem ganzen inneren Preismarkte also, vor allen Dingen aber auf dem Rohstoffmarkte, hat sich in der letzten Woche die durch die Devisenhausse veranlaßte Preiswelle erhoben. Auf dem Gebiet der Kohle wurde in der Sitzung des Reichskohlenverbandes und des Großen Ausschusses des Reichskohlenrates am 30. August eine Kohlenpreiserhöhung von 170 Prozent des Friedenspreises beschlossen. Während im August der Kohlenpreis ohne Steuer das 100fache des Friedenspreises betrug, stellte er sich im September auf das 270fache. Mit Steuer betrug der Kohlenpreis im August das 143fache und hat somit im September einschließlich Kohlensteuer das 400fache erreicht. Hierbei ist bemerkenswert, daß die in den letzten Kohlenpreissetzungen vorweg enthaltenen Materialpreiszuschläge durch die tatsächlichen Materialpreiserhöhungen im Juli und August überholt wurden, so daß die damaligen Kohlenpreiserhöhungen von der Industrie als nicht ausreichend bezeichnet wurden. Einstimmig wurde deshalb in dieser Sitzung eine erhöhte Quote für die erheblich gestiegenen Materialkosten im Kohlenpreis festgesetzt. Auch der Bau von Bergarbeiterwohnungen war bei den bisherigen Zuschlägen auf den Kohlenpreis in dem bereits in der Ausführung befindlichen Umfange nicht mehr möglich. Selbst wenn geplante Bauten nicht mehr in Betracht gezogen würden, müßte für die im Bau befindlichen Wohnungen der Zuschlag von 12 auf 36 Mk. verdreifacht werden. Von der arbeitenden Bevölkerung wird gerade diese Preiswelle der Kohle bei Beginn des Winters furchtbar empfunden werden.

Die Bergarbeiter haben sich zu Ueberarbeiten bereit gefunden, um damit der verarmten deutschen Wirtschaft die Einfuhr englischer Kohle zu ersparen. Nun müssen auch die Unternehmer in technischer Hinsicht alle Maßnahmen ergreifen, um den Bergbau in jeder Weise zu fördern. Man darf daher beanspruchen, daß diese Zuschläge nicht in den Dividenden, sondern in einer erhöhten Produktion der Kohle erscheinen. Der Dividendenpolitik des Kohlenbergbaues muß im Interesse der Allgemeinheit gesteuert werden. Der Kohlenpreiserhöhung folgt automatisch der Stahl- und Zementpreis.

Druckpapier um das Dreifache erhöht.

Ungeheuerlich fühlt die Presse und die Allgemeinheit die Papierpreiserhöhungen. Die Holzpreise stiegen in den letzten zwei Augustwochen von 1800 Mk. auf 7000 bis 10000 Mk. Unmittelbar darauf mußte sich der Holzstoffpreis erhöhen. Die Druckpapierverbände gingen in ihren Preisforderungen auf das Dreifache des Augustpreises. Der Zeitungstod, der durch das Land schreitet, wird neue Opfer fordern. Politische und kulturelle Gefahren erwachsen daraus für unser Volk. In einer vom Großkapital erhaltenen Presse kommt die wirkliche Meinung des Volkes nicht zum Ausdruck. Eine kapitalistische Uniformierung der öffentlichen Meinung wird die Folge sein. Das schwerste für die Verlage liegt heute nicht allein in der Preishöhe, sondern auch in den geforderten Zahlungsbedingungen. Von der Zellstoffindustrie sollen die Zahlungsbedingungen verschärft worden sein, so daß die Druckpapierverbände erklären, daß sie ihrerseits auch den Verlegern gegenüber ihre Zahlungsbedingungen ändern müßten. Die Vorauszahlungen werden mit den Kreditbedürfnissen und mit dem Kapitalmangel begründet. Wenn sie aber in Kraft gesetzt werden sollten, bedeuten sie für eine große Zahl von Verlegern die Unmöglichkeit des Weitererscheinens ihres Blattes. Selbst in rechtsstehenden Kreisen wird nunmehr die Holzzwangswirtschaft gefordert. Die Preise, die für den Abbau der Zwangswirtschaft fast täglich ihre Stimmen erhoben haben, reden nunmehr anders, wo es ihr eigenes Verbraucherinteresse angeht. Der vorzeitige Abbau der gebundenen Wirtschaft hat uns mit die heutigen Kalamitäten beschert.

Forderungen der Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften sind bei der Reichsregierung vorstellig geworden, um zu erfahren, was auf ihre Forderungen erfolgt ist. Es ist bereits in der letzten Woche die Erhöhung der Ausfuhrabgabe um 60 Proz. des bisherigen Satzes erfolgt. Es ist auch bereits die Einfuhr von Tabak verboten und die Einfuhr einer ganzen Reihe von Luxuswaren, die einer Einfuhrbewilligung bisher bedurften, in erheblichem Maße durch Verwaltungsmaßnahmen erschwert worden. Aber mit diesen Maßnahmen zur Besserung unserer Außenhandelsbilanz ist es nicht getan. Der Kern der Lösung liegt im Währungsproblem. Es muß etwas zur Gesundung der Mark gechehen. Hier darf nicht gezögert werden, denn es besteht die Gefahr, daß durch den Verkauf der belgischen

Verhandlungen und bei der immer noch ungehemmten Flucht der Mark in eine wertbeständige Währung und durch das immer weitere Umsichgreifen des Zahlungsverkehrs mit ausländischen Zahlungsmitteln der Dollar aufs neue eine Pause erlebt. Hat sich bei der letzten Dollarhauffe die innere Preislage bei einem Dollarstande von 400 auf 600 bis 800 erhoben, so würde bei einer erneuten Hauffe statt einer Verdoppelung eine Verdrei- bis Vervielfachung unserer bisherigen Preise eintreten. Die preussische und die Reichsregierung haben Maßnahmen zur Hebung der Kaufkraft der betroffenen Schichten verordnet. Diese Maßnahmen müssen rasch zur Durchführung gelangen. Es kommt heute nicht so sehr auf das Erdenken von weiteren möglichen Wegen und auf deren Verbesserungen, als auf rasches und wirksames Handeln in dem bereits angekündigten Rahmen an.

Aus unserem Beruf.

Berlin. Der Streit der Schildermaler ist nach 4wöchentlicher Dauer beendet worden. Der Verein Berliner Schilderfabrikanten, der sich auf einen recht anmaßenden Herrenstandpunkt stellte und zuerst über unsere Meinung nach zu hohe Lohnforderung von 45 M. pro Stunde nicht verhandeln wollte, sah sich durch die längere Wirkung des Streiks dann doch genötigt, mit uns in Verhandlungen zu treten. Nach mehreren Verhandlungsabenden kam dann eine Einigung dahingehend zustande, daß für die Zeit vom 1. August bis 5. August — dem Tage des Ausbruchs des Streiks — 37 M. pro Stunde und vom Tage der Arbeitsaufnahme vom 1. bis 15. September 55 M. für Schildermaler 1. Klasse und 53 M. für Schildermaler 2. Klasse zugestanden wurden. Von den in den Streit getretenen Kollegen ist während der 4 Wochen des Kampfes keiner abtrünnig geworden. In voller Siegeszuversicht hielten sie alle aus bis zum letzten Tag. Doch das Bedauerlichste ist, daß von vornherein einige Kollegen in einigen Betrieben sitzen geblieben und so den Streitenden in den Rücken gefallen sind und dadurch den Kampf erschwert. Mit Verrätern macht man ja im Kriege kurzen Prozeß. Wir können jedoch einstweilen mit derartig moralisch verkommenen Elementen weiter nichts machen, als sie für alle Zeit als Streikbrecher zu brandmarken. Es sind dies bei der Firma Wünsow der Franz Polle, Barnimstr. 14, und bei der Firma Bartel der Willi Better, Niederschönhausen, Eichenstr. 3.

Wegen Maßregelung von Kollegen ist über die Firmen-Schilderfabriken Vindeu, Neue Friedrichstr. 37, und Otto Müllerbusch, Königgräberstr. 40, die Sperre verhängt.

Dresden und Umgegend. Nachdem sich die Firma Stodhardt & Schmidt-Eckert in Reichen verpflichtet hat, Sorge zu tragen, daß in Zukunft mit unserer Organisation getroffene Vereinbarungen innegehalten werden, können wir hiernit die unsererseits über den Betrieb verhängte Sperre aufheben.

Sennigsdorf. Am 13. September waren es 25 Jahre, die der Kollege Karl Wressel (Mitglied Nr. 10485) dem Verband angehört. Unsere Glückwünsche, die wir dem Jubilar darbieten, begleiten wir mit dem besonderen Wunsche, daß der Kollege Wressel noch recht lange dem Verbands erhalten bleiben möge.

Ruburg. Bei der Firma A. Niemann mußte die Belegschaft, weil der Unternehmer den Tarif nicht einhielt und den Betriebsrat teilweise mißachtete, die Arbeit am 4. September einstellen. Wie propzig der Arbeitgeber seinen Standpunkt hervorkehrte, geht aus der Aeußerung hervor: „Wer um 2 Uhr die Arbeit nicht aufgenommen hat, hat sich als entlassen zu betrachten.“ Nach wiederholten Verhandlungen zwischen dem Betriebsrat und dem Bruder des Firmeninhabers wurde die Arbeit am 6. September unter der Bedingung wieder aufgenommen, daß die strittigen Fragen bis zum 18. September geregelt sein müssen. Die Arbeiterschaft ist fest entschlossen, für die restlose Erledigung der Forderungen einzustehen.

Magdeburg. Die am 5. September außerordentlich gut besuchte Zahlstellenversammlung hat fast einstimmig, unter Vorbehalt der Zustimmung des Verbandsvorstandes, beschlossen, Verbands- und Sozialbeiträge in folgender Höhe ab 1. Oktober zu erheben:

	Verbandsbeitrag	Sozialbeitrag	Zusammen
Jugendliche unter 16 Jahren	5,— M.	1,— M.	6,— M.
Arbeiter und Arbeiterinnen bei einem Wochenverdienst bis 600,— M.	8,—	2,—	10,—
„ über 600,— bis 1000,— „	15,—	3,—	18,—
„ 1000,— „ 1500,— „	22,—	5,—	27,—
„ 1500,— „ 2000,— „	30,—	7,—	37,—
„ 2000,— M.	40,—	10,—	50,—

Alle Mitglieder, welche diese Versammlung nicht besuchen konnten, sowie auswärtige Einzelmitglieder wollen hiervon genügende Kenntnis nehmen. Die Zahlstellenverwaltung.

München-Gladbach. Die Kollegen und Kolleginnen der Zahlstelle München-Gladbach stehen im Streit. Bezug ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

An Stelle des aus dem Saubureau Thüringen ausgeschiedenen Kollegen Eusko Apel ist der Kollege Arthur Erdmann, bisher Geschäftsführer in Gräventhal, als Sauleiter eingetreten. Das Verbandsbureau.

Aufruf!

Unsere Verbandskollegin Anna Zeitler, Mitglied seit 1913, ist schon längere Zeit krank und arbeitsunfähig. Da sie bei allen Kassen ausgestellt ist und die Zahlstelle Windisch-Eschenbach schon durch Sammlungen und Unterstützungen ihr Möglichstes getan hat, so bitten wir die Kollegen und Kolleginnen im Reich, ein Scherlein beizusteuern. Kollegin Zeitler ist alleinlebend und ihre Not ist groß. Gelder sind zu senden an den Kassierer Walter Baner, Dreher, Rehans bei Windisch-Eschenbach (Oberpfalz). Quittung erfolgt in der „Ameise“.

Aufruf!

Die Kollegen Ernst Reil und Paul Krumbiegel, sowie die Kolleginnen Hedwig Wünsche und Anna Braune von der Zahlstelle Freiberg sind schon sehr lange krank und bei allen Kassen ausgestellt. Die Zahlstelle hat die Genannten schon mehrfach unterstützt und bittet nun die Kollegen und Kolleginnen im Reich, ihr Scherlein zur Vinderung der Not beizutragen. Geldsendungen sind zu richten an Paul Schauer, Dreher, Freiberg (Sachsen), Rittergasse 3.

Aufruf!

Unsere Kollegen Christian Schmaus und Karl Otto sind in Hof. Ersterer ist seit März 1921 krank und arbeitsunfähig, letzterer liegt seit einem halben Jahre im Krankenhaus. Beide sind verheiratet und in allen Kassen ausgestellt. Nun ist die Zahlstelle Rauenstein allein nicht in der Lage, die größte Not zu lindern; sie richtet daher an alle Zahlstellen die Bitte, sie dabei zu unterstützen. Die Genannten sind Mitglieder seit 1919. Gelder sind zu senden an Albin Prachembrod, Packer, Rauenstein in Thüringen, Langeasse 84.

Aufruf!

Unser Kollege Albert Höfer, Oberstanzer, steht im Alter von 54 Jahren und ist seit September v. J. krank. Da er in allen Kassen ausgestellt ist, befindet er sich in einer sehr traurigen Lage. Wir richten deshalb an alle Zahlstellen die Bitte, uns die Not des Kollegen lindern zu helfen. Kollege Höfer ist seit 1918 organisiert. Geldsendungen sind zu richten an den Kassierer Hermann Erier, Weisdorf a. d. Werra.

Quittung.

Für das kranke Mitglied Friedrich Schoof, Neuhaldensleben, gingen von der Zahlstelle Schleusingen noch 20 M. ein. Bereits quittiert 2080,— M. Summa: 2050,— M. Die Sammlung ist geschlossen. Der Zahlstelle Schleusingen Dank. Fr. Schoof, Kassierer.

Quittung.

Für die kranken Kollegen Weisheitinger, Augustin und Wink, sowie die Kollegin Augustin gingen folgende Beträge ein: Elmshorn 200,—; Grünstadt 200,—; Schönwald 200,—; Walsenburg 200,—; Ohrdruf 200,—; Teltom 180,—; Eschlerbach 150,—; Wittenberg 150,—; Weiskammer 120,—; Witterreich 100,—; Altaldensleben 100,—; Arberg 100,—; Magdeburg 100,—; Köln-Draunsfelde 100,—; Wunfriedel 100,—; Rehau 100,—; Annaberg 100,—; Gochstadt 80,—; Gerabsteden 80,—; Treiberg 80,—; Tiefenfurt 80,—; Neujeswitz 80,—; Trippis 80,—; Windisch-Eschenbach 80,—; Waldassen 80,—; Kahla 80,—; Sonderhausen 80,—; Hermsdorf 140,—; Brambach 60,—; Renckstein 75,—; Balbershof 60,—; Oberkohan 60,—; Gräventhal 60,—; Euhl 60,—; Fürstenberg 60,—; Stadtlengsfeld 50,—; Margaretenhütte 50,—; Kapfthütte 50,—; Jimenau 50,—; Köpplsdorf 50,—; Erlamünde 50,—; Floß 50,—; Waldbausen 50,—; Laskdorf 50,—; Ludwigsburg 45,—; Schney 40,—; Burgau 40,—; Borsdamm 30,—; Eifenach 30,—; Hofsch 30,—; Schauberg 30,—; Eisenberg 30,—; Bobenstraß 25,—; Pottschappel 25,—; Geringswalde 25,—; Krummensab 20,—; Limbach 20,—; Mübendorf 20,— M. Summa: 4635,— M.

Die Sammlung ist geschlossen. Im Namen der Zahlstelle Pössa und der Genannten sagt allen Gebern besten Dank. Aug. Schaller, Kassierer.

Quittung.

Den Extrabeitrag für die Metallarbeiter sandten in der Zeit vom 17. August bis einschließlich 12. September 1922 folgende Zahlstellen ein: Coburg 4561,—; Dresden (2. Rate) 776,—; Frankfurt a. Main 40,—; Hächstädt 611,—; Hornberg 650,—; Kirchenlamitz 840,—; Lauf 91,—; Mannheim 200,—; München (2. Rate) 84,—; Offenburg (2. Rate) 5,— M.; Cos 10,—; Schirnding (4. Rate) 34,—; Schwabenzbach 1320,—; Steinwiesen 254,—; Tiefenfurt (2. Rate) 47,—; Weiten 313,— M. In Summa 9636,— M. Bereits quittiert 242 622,50 M.; zusammen: 252 457,50 M.

Trotzdem dieser Extra-Pflichtbeitrag in der Woche vom 20. Mai bis 3. Juni 1922 erhoben werden sollte, haben folgende Zahlstellen trotz viermaliger öffentlicher Mahnung in der „Ameise“ diesen Extra-Pflichtbeitrag noch nicht an die Hauptkasse eingewandt: Sennigsdorf, Lamprings, Meiningen, Naila, Okerode, Pössa, Rheinbach, Schwandorf, Strubach, Tettau und Thiersheim.

W. H. Gerben.

